Stand: 13.11.2026 18:19:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/13625

"Standort Deutschland: Klarer Fokus auf Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/13625 vom 29.09.2026
2. Beschluss des Plenums 19/13769 vom 30.09.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 88 vom 30.09.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.09.2026 **Drucksache** 19/**13625**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Standort Deutschland: Klarer Fokus auf Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

– Bayern ist das wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands.

– Gerade Bayerns starke Industrie, der leistungsfähige Mittelstand, das tatkräftige Handwerk und innovationsstarke Start-ups sichern Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze in allen Regionen des Freistaates.

– Zugleich ist unübersehbar, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland unter massivem Druck steht.

– Hohe Energiepreise, zu hohe Steuern und Abgaben, lähmende Bürokratie, langwierige Genehmigungen, Arbeitskräftemangel und wachsende Unsicherheit bei Investitionen stellen eine enorme Belastung für die Unternehmen dar.

Damit Bayern stark bleibt und Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die akute Wettbewerbs- und Wachstumskrise der deutschen Wirtschaft entschlossen bekämpft und Bayern als Industrie-, Mittelstands- und Handwerksland nachhaltig gestärkt wird.

Hierzu sollen insbesondere folgende Maßnahmen ergriffen werden:

– Wettbewerbsfähigkeit stärken:
  – Begrenzung der steuerlichen Gesamtbelastung von Unternehmen auf höchstens 25 Prozent.
  – Abschaffung des Solidaritätszuschlags.
  – Senkung der Lohnnebenkosten.

– Bürokratie weiterhin konsequent abbauen:
  – Reduzierung der Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten nach bayerischem Vorbild.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

  - Beschleunigung von Genehmigungsverfahren mit Ausweitung von Genehmigungsfreistellungen und -fiktionen.
  - Umsetzung von EU-Richtlinien ohne nationales Goldplating.
  - Streichung praxisfremder Regelungen auf Bundes- und Europaebene für landwirtschaftliche Produktion und Tierhaltung.
- Bezahlbare und sichere Energie gewährleisten:
  - Eine technologieoffene Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz zusammenführt.
  - Netzausbau, Ausbau Erneuerbarer Energien, Speicher und neue Technologien müssen deutlich schneller und besser aufeinander abgestimmt vorangebracht werden.
  - Sicherstellung verlässlicher und international wettbewerbsfähiger Energiepreise, insbesondere für energieintensive Industrien.
- Industrie- und Automobilstandort sichern:
  - Klares Bekenntnis zum Industrie- und Automobilstandort Deutschland, das statt einseitiger Verbote auf Innovation, bessere Investitionsbedingungen und gezielte Unterstützung für die Transformation setzt.
  - Eine „Agenda Automobilland Bayern“, die sich konkret mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Zukunft der Automobilbetriebe und deren Zulieferer befasst.
- Gründung, Innovation und Nachfolge fördern:
  - Die Rahmenbedingungen für Wagniskapital, Start-ups und Scale-ups sind weiter zu verbessern, etwa durch steuerliche Anreize bei Investitionen.
  - Die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland ist durch schnelle und digitale Verfahren sowie die Stärkung der „Fast Lane“ zu erleichtern.
  - Keine Gefährdung von Betriebsübergaben bei Familienunternehmen durch die Erbschaftsteuer.
- Zukunftstechnologien gezielt voranbringen:
  - Stärkung und Ausbau der Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Luft- und Raumfahrt, Biotechnologie, Robotik, Mikroelektronik, Quantentechnologie und neue Energiesysteme.
  - Weitere Anhebung der Investitionsquote des Bundes für innovative Zukunftstechnologien bei gleichzeitigem Abbau von bürokratischen Vorgaben.
- Infrastruktur beschleunigt modernisieren:
  - Zügige Umsetzung baureifer Infrastrukturprojekte, insbesondere bei Straßen und Schienen.
  - Verbesserung der Verkehrs- und Schienenanbindung in der Fläche.
  - Abschaffung von Verbandsklagemöglichkeiten gegen große, dem Gemeinwohl dienende Infrastrukturprojekte.
- Arbeit attraktiver machen und Sozialstaat tragfähig halten:
  - Arbeit und Leistung müssen sich wieder stärker lohnen: Senkung der Einkommensteuer.
  - Begrenzung der Gesamtbelastung durch Sozialversicherungsbeiträge auf perspektivisch höchstens 40 Prozent.
  - Erhalt flexibler Beschäftigungsformen (insbes. Minijobs) in ihrer jetzigen Form und zeitnahe Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Schaffung der Möglichkeit einer wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie.

Begründung:

Der Freistaat handelt seit jeher bereits entschlossen mit starken Investitionen in Forschung, Technologie, Transformation und Gründung. Doch Bayern allein kann die strukturellen Fehlentwicklungen auf Bundes- und EU-Ebene der vergangenen Jahre nicht ausgleichen. Es braucht jetzt nachhaltige und entschlossene standortpolitische Weichenstellungen: Weg von Misstrauen, Überregulierung und immer neuen Belastungen hin zu Wachstum, Freiheit, Eigenverantwortung und Wettbewerbsfähigkeit. Wer Arbeitsplätze dauerhaft sichern will, muss Leistung wieder stärker ermöglichen und Transformationsprozesse mit Innovation statt Ideologie fördern. Gerade für Bayern als Industrie- und Automobilland ist deshalb entscheidend, dass Technologieoffenheit, Planungssicherheit und Investitionsfreundlichkeit wieder stärker Leitprinzipien der Wirtschafts- und Standortpolitik werden.

Der Freistaat steht weiterhin klar und konsequent an der Seite seiner Betriebe und Familienunternehmen sowie seiner Beschäftigten, die mit unternehmerischem Mut, Ideen und Einsatz unseren Wohlstand von morgen schaffen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 30.09.2026 **Drucksache** 19/**13769**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Gerhard Hopp, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/**13625**

Standort Deutschland: Klarer Fokus auf Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

Der Landtag stellt fest:

– Bayern ist das wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands.

– Gerade Bayerns starke Industrie, der leistungsfähige Mittelstand, das tatkräftige Handwerk und innovationsstarke Start-ups sichern Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze in allen Regionen des Freistaates.

– Zugleich ist unübersehbar, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland unter massivem Druck steht.

– Hohe Energiepreise, zu hohe Steuern und Abgaben, lähmende Bürokratie, langwierige Genehmigungen, Arbeitskräftemangel und wachsende Unsicherheit bei Investitionen stellen eine enorme Belastung für die Unternehmen dar.

Damit Bayern stark bleibt und Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die akute Wettbewerbs- und Wachstumskrise der deutschen Wirtschaft entschlossen bekämpft und Bayern als Industrie-, Mittelstands- und Handwerksland nachhaltig gestärkt wird.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Hierzu sollen insbesondere folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Wettbewerbsfähigkeit stärken:
  - Begrenzung der steuerlichen Gesamtbelastung von Unternehmen auf höchstens 25 Prozent.
  - Abschaffung des Solidaritätszuschlags.
  - Senkung der Lohnnebenkosten.
- Bürokratie weiterhin konsequent abbauen:
  - Reduzierung der Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten nach bayerischem Vorbild.
  - Beschleunigung von Genehmigungsverfahren mit Ausweitung von Genehmigungsfreistellungen und -fiktionen.
  - Umsetzung von EU-Richtlinien ohne nationales Goldplating.
  - Streichung praxisfremder Regelungen auf Bundes- und Europaebene für landwirtschaftliche Produktion und Tierhaltung.
- Bezahlbare und sichere Energie gewährleisten:
  - Eine technologieoffene Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz zusammenführt.
  - Netzausbau, Ausbau Erneuerbarer Energien, Speicher und neue Technologien müssen deutlich schneller und besser aufeinander abgestimmt vorangebracht werden.
  - Sicherstellung verlässlicher und international wettbewerbsfähiger Energiepreise, insbesondere für energieintensive Industrien.
- Industrie- und Automobilstandort sichern:
  - Klares Bekenntnis zum Industrie- und Automobilstandort Deutschland, das statt einseitiger Verbote auf Innovation, bessere Investitionsbedingungen und gezielte Unterstützung für die Transformation setzt.
  - Eine „Agenda Automobilland Bayern“, die sich konkret mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Zukunft der Automobilbetriebe und deren Zulieferer befasst.
- Gründung, Innovation und Nachfolge fördern:
  - Die Rahmenbedingungen für Wagniskapital, Start-ups und Scale-ups sind weiter zu verbessern, etwa durch steuerliche Anreize bei Investitionen.
  - Die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland ist durch schnelle und digitale Verfahren sowie die Stärkung der „Fast Lane“ zu erleichtern.
  - Keine Gefährdung von Betriebsübergaben bei Familienunternehmen durch die Erbschaftsteuer.
- Zukunftstechnologien gezielt voranbringen:
  - Stärkung und Ausbau der Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Luft- und Raumfahrt, Biotechnologie, Robotik, Mikroelektronik, Quantentechnologie und neue Energiesysteme.
  - Weitere Anhebung der Investitionsquote des Bundes für innovative Zukunftstechnologien bei gleichzeitigem Abbau von bürokratischen Vorgaben.
- Infrastruktur beschleunigt modernisieren:
  - Zügige Umsetzung baureifer Infrastrukturprojekte, insbesondere bei Straßen und Schienen.
  - Verbesserung der Verkehrs- und Schienenanbindung in der Fläche.
  - Abschaffung von Verbandsklagemöglichkeiten gegen große, dem Gemeinwohl dienende Infrastrukturprojekte.

– Arbeit attraktiver machen und Sozialstaat tragfähig halten:
  – Arbeit und Leistung müssen sich wieder stärker lohnen: Senkung der Einkommensteuer.
  – Begrenzung der Gesamtbelastung durch Sozialversicherungsbeiträge auf perspektivisch höchstens 40 Prozent.
  – Erhalt flexibler Beschäftigungsformen (insbes. Minijobs) in ihrer jetzigen Form und zeitnahe Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Schaffung der Möglichkeit einer wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Walter Nussel
Abg. Laura Weber
Abg. Florian von Brunn
Abg. Oskar Lipp
Abg. Barbara Fuchs
Abg. Florian Köhler
Abg. Markus Saller
Staatssekretär Tobias Gotthardt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Standort Deutschland: Klarer Fokus auf Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit (Drs. 19/13625)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Wohlstand für alle: Investieren statt kürzen! (Drs. 19/13641)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Walter Nussel das Wort.

Walter Nussel (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Wir haben den Antrag auch in Bezug auf die Punkte gestellt, die wir eben besprochen haben. Unsere Sozialministerin sagte, Sie habe fünf Milliarden Euro für die Kinder in ihrem Haushalt. Dieses Geld muss aber erst einmal erwirtschaftet werden, damit wir es ausgeben können.

Wo wird es erwirtschaftet? – Es wird in unseren Unternehmen, in der Industrie und natürlich zuvorderst in unseren Familienbetrieben und in unserem Mittelstand erwirtschaftet. Dafür brauchen wir Rahmenbedingungen, sei es in Bayern, im Bund oder in Europa, mit denen wir unsere Unternehmen auch noch dazu motivieren können, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen, damit die Unternehmen wirtschaftliche Erfolge haben, sodass letztendlich für den Staat Geld für die angesprochenen Ausgaben bereitsteht.

Wie wollen wir das machen? Wir wollen auf jeden Fall die Wettbewerbsfähigkeit stärken, indem wir die Gesamtbelastungen vor allem beim Mittelstand herunterfahren.

Wir müssen den Solidaritätszuschlag abschaffen, und es bedarf einer Senkung der Lohnnebenkosten. Wir müssen auch bei vielen Themen, an denen ich wirklich viel arbeite – Statistikpflichten usw. und alles, was mit Bürokratie zusammenhängt – eine Reduzierung herbeiführen.

Wir brauchen aber auch bezahlbare Energie. Die Energie hat vor allem, das muss ich einfach sagen, die Ampel und das Habeck-Programm in den letzten Jahren so verteuert, das war weit über das Ziel hinausgeschossen. Da müssen wir jetzt vieles wieder einfangen und zurückdrehen.

Ich bin auch dafür, dass wir die Energiewende weiter im Blick haben; allerdings mit Maß und Ziel. Wir können unsere Unternehmen nicht überfordern, sodass sie wettbewerbsunfähig sind oder ihre Betriebe teilweise gar nicht mehr weiterführen können.

Wir müssen hier darauf schauen und haben zuletzt vor den Sommerferien den Antrag für ein Sofortprogramm Netzstabilisierung eingebracht. Jetzt sind wir massiv dabei, und ich fordere Sie alle auf, das dann zu begleiten. Wenn von der einen Seite jedoch immer kommt: "Ja, aber wir sollten hier trotzdem wieder zusätzliche Regularien schaffen", dann bitte Entschuldigung. Ich bin auch für den Artenschutz, allerdings mit Maß und mit Ziel.

Wir brauchen jetzt stabile Stromnetze, Stromleitungen und alles, was dazugehört, damit wir regenerativen Strom in unser Netz bringen und die Betriebe diesen Strom nutzen können. Dafür müssen wir schneller werden, und wir müssen gewisse Standards herunterfahren.

Das alles müssen wir in Angriff nehmen, denn nur so wird es uns gelingen, dass wir wieder wettbewerbsfähig sind und den Wohlstand stärken können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Wir müssen auch die Belastungen herunterfahren, und, meine Damen und Herren, bei der Erbschaftsteuer habe ich ganz wenig Verständnis. Wenn mit Geld, das erwirt-

schaftet wurde und das besteuert war, andere Sachen in den Betrieben geschaffen wurden und man jetzt wieder Erbschaftsteuer zahlen muss, sodass die Betriebe kein Geld mehr für Investitionen haben, wenn sie den Betrieb übergeben, dann ist das doch eine völlig falsche Politik.

Wir müssen hier den Hebel umlegen. Wir müssen in Berlin und auch hier ganz massiv nach vorne treiben, dass die Erbschaftsteuer zurückgefahren bzw. am besten abgeschafft wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Wir brauchen die Zukunftstechnologien, und unser Ministerpräsident ist dafür dankenswerterweise der Vorkämpfer. Ich glaube, dass wir da in Bayern auf dem richtigen Weg sind. Gleichwohl müssen wir alles, was dazugehört – von der Raumfahrt über neue Techniken bis zur KI usw. –, massiv unterstützen. Das sind viele Dinge, und wir müssen versuchen, sie auch in der Industrie und am Automobilstandort mit Nachdruck zu verbessern und eine gewisse Sicherheit zu geben, damit diese Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Es geht aber auch um die Arbeitsplätze in der Dienstleistung. Es geht um die Arbeitsplätze der Menschen, seien es Reinigungsfirmen oder Pflegekräfte, die für andere Menschen, für unsere Menschen da sind.Auch die müssen wir stützen und stärken. Dafür müssen wir Standards abbauen. Ich bin im Moment dabei zusammenzuführen, was die nicht staatlichen Organisationen in Deutschland fortwährend für einen Aufbau an zusätzlichen Standards bringen, die dann die Unternehmen wieder einschnüren – in Anführungszeichen die gesamte Gesellschaft. Das werden wir jetzt einmal genau analysieren und auf den Prüfstand stellen. Ich werde euch dann auch Vorschläge bringen. Das ist ein großer Teil des Bürokratieauftriebes. Da müssen wir schon einmal genau hinschauen: Wie wollen wir staatlich eingreifen und sagen: Diese Standards,

dieses Goldplating benötigen wir bei solchen Institutionen nicht? Ich fordere Sie auf, den Weg mitzugehen.

Auch bei Gründungen brauchen wir ein Ordnungsrecht. Ich kann nicht einfach eine Firma gründen ohne eine Steuernummer, ohne eine Berufsgenossenschaft, ohne ein Bankkonto; das geht nicht. Da brauche ich gewisse Standards. Auch hier müssen wir aber mit Maß und Ziel herangehen und versuchen, alle, die irgendwie beteiligt sind, letztlich dazu zu bewegen, nur das Notwendigste zu verlangen, damit junge Unternehmer hier Chancen haben. Dafür müssen wir, wie gesagt, auch gewisse Standards zurückfahren.

Die Arbeit und den Sozialstaat attraktiv machen. Arbeit und Leistung müssen sich wieder stärker lohnen. Die Diskussion, die ich in den letzten Stunden verfolgt habe, zeigt mir schon, dass noch viel Überzeugungsarbeit vor uns liegt; denn wenn sich Arbeit nicht lohnt, haben wir auf der anderen Seite Probleme, das Geld herbeizuschaffen, weil die Unternehmen und Leistungsträger dann keinen Mut mehr haben und sagen: Wenn ich weniger arbeite, habe ich weniger Belastung als diejenigen, die richtig stark arbeiten, die zulangen, die investieren, die sich etwas trauen. Die müssen wir belohnen, und denen müssen wir auch Unterstützung in allen Bereichen geben. Dann komme ich wieder zum Bürokratieabbau: Das ist eines der wichtigsten Themen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin demnächst wieder in Brüssel: Lassen Sie uns bei der EU auch parteiübergreifend zusammenhelfen. Wir müssen in Brüssel die Weichen so stellen, dass wir vor die Lage kommen. Ich nenne nur einmal die Verpackungsverordnung. Mich ärgert das, auch an unseren Leuten in Brüssel; denn bei der Verpackungsverordnung hätte vorher aus der Praxis bewertet werden müssen, welche Auswirkungen das auf die einzelnen Unternehmen hat, egal ob es Dienstleistungen sind, ob es Gewerbetreibende oder Unternehmen sind, die irgendetwas erzeugen. Die können mit dieser Verpackungsverordnung der EU nicht wettbewerbsfähig sein; das funktioniert nicht.

Manche Dinge kann man überhaupt nicht umsetzen. Deswegen müssen wir hier vor die Lage kommen. Ich fordere einen Praxischeck, bevor solche Verordnungen auf den Tisch kommen, genauso wie bei der Wiederherstellungsverordnung. Das können wir so nicht weiterlaufen lassen. Damit sind wir in Bayern und in Deutschland wettbewerbsunfähig. Wir müssen hier ein ganzes Stück zurück.

Lassen Sie uns den Unternehmen auch wieder mehr Eigenverantwortung geben und nicht immer nur sagen – das habe ich heute auch wieder gehört –: "Da muss noch etwas geregelt werden, da sollte man noch eingreifen." – Weniger ist hier mehr, Eigenverantwortung für unsere Unternehmer und mehr Mut mit Ideen; dann werden wir den Wohlstand auch weiterhin in Deutschland und in Bayern haben.

Der SPD-Antrag ist abzulehnen, weil darin steht, dass Sie schon wieder mehr regulieren und noch mehr Druck auf diejenigen ausüben wollen, die das erwirtschaften. Deswegen werden wir den SPD-Antrag ablehnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Behauptung ist halt einmal da!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben noch die Meldung zu einer Zwischenbemerkung, Herr Kollege Nussel. – Kollegin Weber für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Laura Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Nussel, in einer Minute kann ich nicht alles infrage stellen, aber ich picke eine Sache heraus, weil ich das so nicht stehen lassen will: Ampel, Habeck, Strompreise zu hoch usw. Durch den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere zu Ampel-Zeiten, ist der Strompreis nachweislich niedriger gewesen, gerade in der letzten Zeit.

(Lachen bei der AfD)

Der Börsenstrompreis war dadurch niedriger; das ist das Erste. Bei höheren Gaspreisen oder Spritpreisen, die gerade massiv sind, stelle ich die Frage: Was kann Robert Habeck dafür? Wie erklären Sie diesen Angriff auf die Ampel und Habeck? Wie recht-

fertigen Sie den Tankrabatt mit 2,5 Milliarden Euro, obwohl der nachweislich nicht viel bringt? Ich habe in Ihrer Rede komplett die GreenTech-Branche vermisst. Ich denke, meine Kollegin wird vieles davon auch noch aufnehmen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Laura Weber (GRÜNE): Zur GreenTech-Branche, die mittlerweile ein Riesenwirtschaftsfaktor in Bayern ist, haben Sie kein einziges Wort gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Walter Nussel (CSU): Hätten Sie zugehört. Ich habe – in Anführungszeichen – Start-ups und neue Techniken angesprochen. Ich habe vielleicht nicht explizit GreenTech gesagt, aber das ist damit für mich auch umschlossen.

Zum Habeck-Heizgesetz: Die Abteilungsleiterin seines Ministeriums hatte mich zum Praxischeck zum Heizgesetz gefragt. Ich habe gesagt: Ja, ich unterstütze Sie, aber ihr müsst das bitte ministeriumsübergreifend machen. – Das können wir in Berlin nicht, das ist Ressortzuständigkeit. Das ist nur im Wirtschaftsministerium. – Da ist der Rohrkrepierer passiert. Deswegen hat das Heizgesetz nicht funktioniert. Ähnlich ist es mit den anderen Themen.

Warum Strom damals billiger war, können Sie sich selbst beantworten. Damals hatten wir nicht den Krieg, den wir jetzt haben, mit den Auswirkungen, warum wir teurere Energie und Rohstoffe einkaufen müssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Seit 2022!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht so recht, ob man in der CSU das Herbstgutachten der Wirt-

schaftsforschungsinstitute gelesen hat: 1,3 % Wachstum in diesem Jahr, 1,1 % im nächsten Jahr. Es kommt durch Export zustande – Stichwort: Wettbewerbsfähigkeit – und durch staatliche Investitionen aus dem Sondervermögen, das die SPD im Koalitionsvertrag durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Die FREIEN WÄHLER waren übrigens bis zuletzt dagegen, bis man ihnen hier die Pistole auf die Brust gesetzt hat. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat es gerade berechnet: 1 Euro öffentliche Investition bringt im ersten Jahr zusätzlich bis zu 1,30 Euro Wirtschaftsleistung, 1 Euro Steuersenkung nur 30 bis 40 Cent. Deswegen ist es richtig, in die Infrastruktur zu investieren, die jahrelang auch wegen der Schuldenbremse verfallen ist. Das zeigt schon, wie falsch Ihre Diagnose ist, und dann ist das Rezept ebenso falsch.

(Beifall bei der SPD)

Deutschland steckt nicht in der Krise, weil wir zu viel Sozialstaat haben. Wir haben in den letzten Jahren durch Putins Angriff auf die Ukraine mit dem Abdrehen der Gaslieferungen und Trumps Angriff auf den Iran zwei Energiepreisschocks erlebt. Die haben Ihre Fehler, die Fehler der Konservativen in der Energiepolitik, massiv verschärft. Sie haben doch die fossile Abhängigkeit zementiert und die erneuerbaren Energien immer wieder ausgebremst.

Ich erinnere nur an den CSU-Windkraftstopp 10 H, bei dem die Anträge für neue Windräder mehr oder weniger komplett eingebrochen sind. Jetzt gibt es die Attacken von Frau Reiche gegen die erneuerbaren Energien. Herr Aiwanger findet Reiches Ausbaubremse, den sogenannten Redispatch-Vorbehalt, – ich zitiere – akzeptabel. Ich komme zu dem Fazit: Wer günstige erneuerbare Energien jahrelang ausbremst, sollte hier keine Vorträge über hohe Energiepreise halten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zur Krise der Automobilindustrie. Bei Bosch in Nürnberg sollen 900 von 1.800 Stellen in einem Werk wegfallen, das stark am Verbrenner hängt. Dahinter stecken auch Politik- und Managementversagen.

(Zuruf)

Man hat sich in Deutschland auf dem Diesel-SUV ausgeruht, während China heute fast drei von vier E-Autos weltweit baut. Sie reden von Technologieoffenheit. Das ist doch ein Witz.

(Beifall bei der SPD)

Was sagt Herr Aiwanger zum Thema Bosch? Ich zitiere:

> "Wir schicken die Leute nicht alle in die Arbeitslosigkeit. Wir ergreifen diese Chancen im Verteidigungsbereich".

Auf Deutsch: Wir tun nichts für euch. Bewerbt euch mal schön bei der Rüstungsindustrie.

(Staatssekretär Tobias Gotthardt: Ist überhaupt nicht wahr!)

Die Nürnberger Arbeitsmarktforscher vom IAB haben berechnet: Voriges Jahr wechselten bundesweit gerade 1.100 Industriebeschäftigte in die Rüstung. Die Industrie verliert aber im Moment jeden Monat rund 14.000 Jobs. Der bittere Witz dazu: Unseren Haushaltsantrag für kommunale E-Autos aus europäischer Produktion haben Sie abgelehnt. Ihre Unterstützung für Arbeitsplätze und Transformation kann man getrost in der Pfeife rauchen.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU greift wieder lieber in die verstaubteste Mottenkiste: den Solidaritätszuschlag abschaffen und am Sozialstaat kürzen. Dabei wurden in Bayern seit 2020 rund 6,7 Mil-

liarden Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuern erlassen. Das ist ein interessanter Kontrast.

Zur Wahrheit und Klarheit gehört auch: Wer Sozialbeiträge auf 40 % drücken will, muss doch sagen, wo er denn noch kürzen will – bei Rente, Pflege oder Gesundheit? Wir brauchen keine Kürzungen, wir brauchen Investitionen in die Energiewende, in bezahlbare Wohnungen, in digitale Souveränität, in E-Mobilität. Wir brauchen einen starken Sozialstaat, der Sicherheit gibt. Wir brauchen eine gerechte Finanzierung unseres Gemeinwesens und keine Steuergeschenke für extrem Reiche.

(Beifall bei der SPD)

Wohlstand für alle heißt eben nicht, "Entlastungen oben und Kürzungen unten". Wohlstand für alle heißt investieren, gute Arbeit sichern, Kaufkraft stärken und Superreiche angemessen an der Finanzierung unseres Staates beteiligen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Markus Saller (FREIE WÄHLER): Wohlstand durch Umverteilung, oder?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Kollege Oskar Lipp.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal kurz zum Vorredner: Herr von Brunn, ich weiß nicht, welche Superreichen jetzt hier unterstützt werden, wenn die Lohnnebenkosten auf 40 % gedeckelt werden oder wenn es um die Erbschaftsteuer geht und dann oft die Enkelkinder das Haus von der Oma oder vom Opa erben.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich weiß nicht, wo hier die reichen Leute besteuert werden. Ich weiß auch nicht, wo bei Ihnen die reichen Personen beginnen. Vermutlich ist das jetzt beim sogenannten Spitzensteuersatz. Der Spitzenlohn beträgt ja aktuell das 1,3-Fache des Durchschnittslohns.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Markus Rinderspacher (SPD))

Da sieht man genau, wohin Ihre sozialistische Politik auf Bundesebene eigentlich geht. Auf alle Fälle muss man sagen: Rot-Grün hat in den letzten Jahren in diesem Land eine Geisterfahrt unternommen. Sie von der Union haben leider mitgemacht. Sie sind zwar hinten im Auto gesessen. Manchmal – muss man sagen – haben Sie das Lenkrad genommen und sind ein bisschen in die gleiche Richtung weitergefahren. Aber auf alle Fälle haben Sie diese rot-grüne Geisterfahrt mitgemacht.

Zum Antrag selber mit dem Titel "Standort Deutschland: Klarer Fokus auf Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit": Ja, meine Damen und Herren, es ist sehr wichtig, dass wir schauen, dass die Wirtschaft gestärkt wird; denn durch die Steuereinnahmen, die im Bereich Wirtschaft erzeugt werden, können wir den ganzen Staat aufrechterhalten. Polizeibeamte werden bezahlt, Schulen werden saniert, Straßen werden saniert und Ähnliches. Hier gibt es wirklich einen enormen Sanierungsstau, obwohl wir ja ein Sondervermögen haben. Leider wird es zum Teil falsch investiert. Es geht eben nicht nur in die Infrastruktur, es geht zum großen Teil auch in die Rüstung. Da muss man auch sagen, meine Damen und Herren: Im Bereich Rüstung wird durch Staatsaufträge zwar Wirtschaftswachstum auf dem Papier erzeugt, aber man muss sich auch die Frage stellen, wofür produziert wird. Wir hoffen mal, dass der Ernstfall nicht eintreten wird.

Zum heutigen Antrag, zur Überschrift: Als ich das gestern gelesen habe, habe ich mir gedacht: Nicht schlecht. – Ich habe mir den Antrag angeschaut und fast gemeint, er könnte von der AfD geschrieben worden sein. Ich möchte Sie jetzt nicht zu sehr

loben. Aber man könnte, wenn man es jetzt kritisch betrachtet, sagen, es könnte auch eine Anklageschrift sein; denn Sie haben hier lauter Punkte aufgelistet, die Sie in den letzten Monaten und Jahren tatsächlich falsch gemacht haben.

Seien es beispielsweise – ich gehe einmal chronologisch durch – die Energiepreise. Sie haben gesagt: Die Energiepreise sind so hoch; sie müssen heruntergehen. – Da gehe ich mal ein bisschen in die Vergangenheit zurück: Atomausstieg zum Beispiel, war da vielleicht etwas? War Anfang 2025 auch irgendetwas, kurz vor der Bundestagswahl mit dem versprochenen Wiedereinstieg in die Atomkraft? – Ich weiß es nicht. Vielleicht kann sich auch der eine oder andere Unionspolitiker nicht mehr daran erinnern.

Was haben wir noch? – Die CO_2-Abgabe wurde nicht von der AfD, sondern von Ihnen, Rot-Grün plus Union, eingeführt. All das hat die Energie durch die sogenannte Knappheit auch verteuert.

Dann das Thema Steuern und Abgaben: Sie wollen sie senken. Warum haben Sie es in den letzten Jahren nicht gemacht? – Sie hatten genügend Gelegenheit dazu. Sie waren sehr oft in der Regierung, fast ununterbrochen, abgesehen von den guten drei Jahren der Ampel-Regierung.

Dann zum Thema Bürokratie: Ja, die Bürokratie ist in den letzten Monaten und Jahren gewachsen, auch auf Landesebene. Warum wurde hier nichts gemacht? – Es hieß einmal: einen Paragrafen einführen, zwei abschaffen. – Wir haben vor ein paar Monaten einmal eine Anfrage gestellt: Wie sieht es denn auf Landesebene aus, wurde da wirklich so viel abgeschafft? – Das war laut Antwort des Staatsministeriums nicht der Fall.

Dann – der Kollege hat es vorhin schon gesagt – die EU-Verpackungsrichtlinie: Sie kommt zwar von der EU, aber man muss auch wirklich fragen, warum Ihre Unionskollegen da nichts machen und oft mitstimmen. Ein anderes Beispiel: Lieferkettengesetz. Jeder kennt diesen Bürokratiekomplex. Dazu brauche ich nicht noch mehr ausführen.

Dann zum Thema "Automobilstandort sichern": Da habe ich mir wirklich schon gedacht, ich lese nicht richtig. Ich nenne nur einmal das Thema Verbrennerverbot. Warum hat man denn in den letzten Jahren die Industrie wirklich gegeißelt, hat ihr Vorschriften gemacht, wenn doch die Unternehmer, die auf den Weltmarkt exportieren, besser wissen müssen, was auf dem Weltmarkt nachgefragt wird? Was produziere ich für den Weltmarkt, damit ich hier vor Ort die deutschen Steuereinnahmen erhöhen kann?

(Florian von Brunn (SPD): Es wird in China gekauft!)

Insgesamt muss man sagen, dass der Antrag zwar ein paar richtige Punkte enthält, er aber unvollständig und nicht ganz zu Ende gedacht ist. Auch fehlt zum Beispiel die Abschaffung der CO_2-Abgabe, die alles verteuert. Ich bin sehr gespannt, wie die Union das in den nächsten Wochen und Monaten umsetzen wird. Man hört zwar oft bei Sonntagsreden, dass die CO_2-Abgabe abgeschafft wird, aber in diesem Antrag ist das nicht enthalten.

Wir als AfD werden diesem Antrag der Regierungsfraktionen zustimmen. Den Nachzieher der SPD lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächste spricht Frau Kollegin Barbara Fuchs für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER, der hier vorliegt, hat eine schöne Überschrift: "Standort Deutschland: Klarer Fokus auf Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit". Klingt super. Wir alle wollen Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, starke Unternehmen, gute Arbeitsplätze. Da sind wir uns einig.

Nicht einig sind wir uns über die Frage, wie wir dahinkommen und wie wir diesen Weg gehen. Wenn ich den Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER anschaue, frage

ich mich: Haben Sie in dem Moment irgendwie bewusst wahrgenommen, dass Sie in der Regierung sind, dass Sie im Land und im Bund mitregieren und an der Regierung mitarbeiten?

Es ist ein Gemischtwarenladen aller Themen, die man so aufrufen kann. Aber ich kann keine Struktur erkennen. Vor allen Dingen kann ich nicht erkennen, warum man Dinge kritisiert und jetzt ändern will, die man selber in den Händen hält. Eigentlich ist es ein Oppositionsantrag. Ich glaube, da ist in der Wahrnehmung ein bisschen etwas durcheinandergekommen.

Schauen wir trotzdem ganz kurz auch auf die Inhalte. Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Ein Unternehmen investiert nicht dort, wo möglichst wenig Staat ist – das ist ja der Umkehrschluss –, sondern es investiert dort, wo es auch weiß, was morgen ist.

Steuerentlastungen, Bürokratieabbau, all solche Dinge: Da muss man genau hinschauen. Unnötige Berichtspflichten müssen weg, keine Frage. Aber nicht jede Regel fällt unter das Thema Bürokratie. Arbeitsschutz, Umweltschutz und Verbraucherschutz sind Regeln, die wir brauchen und die letztendlich wichtig sind.

Zum Thema Bürokratie: Ja, wir waren in den vielen letzten Jahren drei Jahre lang in der Bundesregierung. Aber Bürokratie ist in den letzten dreißig, vierzig, fünfzig Jahren entstanden. Ganz ehrlich: Das liegt doch alles in Ihren Händen. Ich verstehe es wirklich nicht.

Jetzt brauchen wir einen Staat, der Innovation und Mut belohnt, und nicht einen, der alte Technologien subventioniert und honoriert. Herr Kollege Nussel, den ich sehr schätze, sagt, wir müssten zurückdrehen. – Nein, wir müssen nach vorne drehen. Wir müssen in die Zukunft kommen, nicht in die Vergangenheit. Sie schreiben in Ihrem Antrag: "Innovation statt Ideologie". Ich sage: Innovation statt Nostalgie. Es macht doch keinen Sinn: Die Fahrzeugindustrie weltweit hat uns rechts und links mit Elektromobilität überholt, und wir reden hier immer noch über Verbrennerthemen. Wir

wollen den Sprit subventionieren, und dafür nehmen wir den Familien Geld weg. Die CSU verhält sich, als ob sie eine Oppositionspartei wäre.

Nein, nehmen Sie die Dinge doch in die Hand, aber bitte nach vorne gerichtet, nicht rückwärts an alten Dingen festhaltend. Gerade die Abhängigkeit von fossilen Energien hat uns doch in die Situation gebracht, in der wir jetzt sind, mit den Kosten für Strom, ob das der Netzausbau oder der Leitungsausbau ist. Das sind doch alles Dinge, die wir schon ganz lange wissen. Jetzt verkaufen Sie uns das als neue Idee? – Ja, wissen wir schon.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin fassungslos darüber. Ich hoffe, dass es spät genug ist, damit nicht so viele Unternehmen diese Debatte hören, die echt peinlich ist. Tatsache ist, Wohlstandssicherheit entsteht, wenn Unternehmen den Mut haben, in die Zukunft zu investieren, und darauf vertrauen können, dass die politischen Rahmenbedingungen von heute morgen auch noch gelten. Verlässlichkeit, Sicherheit und Investition in Zukunft ist das, was wir brauchen. Bitte nehmt eure Verantwortung im Land und im Bund wahr und schreibt keine Oppositionsanträge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung, Frau Kollegin. – Herr Kollege Köhler hat sich gemeldet. Bitte schön.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Da freue ich mich. Ich bin gut drauf.

Florian Köhler (AfD): Frau Kollegin Fuchs, Sie haben das Aus vom Verbrenner-Aus quasi gerade als Rückschritt, als Nostalgie bezeichnet. Ich halte das ideologische Verbrenner-Aus der GRÜNEN für schlichtweg falsch. Hier interessiert mich Folgendes: Für ein Dieselfahrzeug braucht man ungefähr zehn Facharbeiter, für einen Benziner drei und für ein Elektrofahrzeug einen Facharbeiter. Was wollen Sie denn den Fach-

arbeitern bei BMW, Audi, bei den Automobilzulieferern Bosch, INA, Schaeffler denn sagen, wenn Sie Ihren Quatsch da vorne vertreten?

Barbara Fuchs (GRÜNE): Ich würde ihnen sagen, bedankt euch bei der Union; denn die Entscheidung, elektrisch zu fahren, haben ja nicht wir getroffen, die hat die Welt getroffen, China und sonst wer. Was nützen Ihnen denn Ihre Arbeitsplätze, wenn keiner die Autos kauft? Schauen Sie doch rein in die Zahlen. Diese gehen doch zurück! Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern würde ich klar sagen, wir haben so tolle Ideen zu Technologien für die Zukunft. GreenTech war ein Stichwort, aber es gibt auch viele, viele andere gute Ideen für Produkte und Technologien. Ich wünsche mir, dass wir unsere Ingenieurskunst, die wir haben, unsere Kompetenzen und Fähigkeiten auf Technologien, Themen und Produkte der Zukunft konzentrieren, weil wir nicht in der Vergangenheit bleiben können. Diese ist einfach vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die FREIEN WÄHLER spricht nun Herr Kollege Markus Saller. Bitte.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fragen in Zukunft einfach die Welt. Die Welt entscheidet ja für uns. Meine Damen und Herren, Deutschland ist nach wie vor ein starker Wirtschaftsstandort, und Bayern ist das wirtschaftliche Kraftzentrum. Das ist keine Selbstbeschreibung, sondern das wird auch von Menschen so wahrgenommen. Es gibt eine aktuelle Allensbach-Umfrage, die zeigt, 78 % sehen Bayern im Ländervergleich wirtschaftlich vorne, 76 % halten Bayern für einen guten Unternehmensstandort und 68 % beurteilen die aktuelle Wirtschaftslage immer noch als gut. Tatsächlich ist die bayerische Wirtschaft im ersten Halbjahr 2026 um 1 % gewachsen. Mit einer Arbeitslosenquote von 4,3 % im August haben wir weiterhin die niedrigste Quote aller Bundesländer. Das sollte man vielleicht auch einmal festhalten.

Zu dieser Wahrheit gehört aber auch, dass 62 % der Befragten tiefgreifende Reformen für notwendig halten. Darum geht es heute auch in diesem Antrag. Unsere Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb. Hohe Energiepreise, zu hohe Steuern und Abgaben, Fachkräftemangel und vor allem Bürokratie, die inzwischen viel zu viel unternehmerische Kraft bindet, gefährden diese Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen müssen wir die Unternehmensbesteuerung begrenzen, die Lohnnebenkosten senken und endlich ernst machen mit dem Bürokratieabbau. Wir tun ja schon viel in diese Richtung.

Dabei, meine Damen und Herren, müssen wir aber auch über Europa reden. Ich selbst bin überzeugter Europäer. Wir brauchen ein starkes Europa, gerade in einer Welt, in der die USA und China ihre wirtschaftlichen Interessen mit großer Entschlossenheit vertreten. Ein starkes Europa ist aber nicht unbedingt ein Europa, das besonders viel regelt. Europa muss sich wieder stärker auf seine Kernaufgaben besinnen, einen funktionierenden Binnenmarkt, freien Handel, Sicherheit, Energieversorgung und unsere gemeinsame Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

Was wir nicht brauchen, sind immer mehr Dirigismus und kleinteilige Regelungen bis in betriebliche Abläufe hinein. Deswegen muss man auch einmal den Green Deal kritisch überprüfen. Klimaschutz muss mit wirtschaftlicher Vernunft und internationaler Wettbewerbsfähigkeit verbunden werden: Technologieoffenheit statt Detailsteuerung, Marktwirtschaft statt Verbotswirtschaft, Anreize statt immer neuer Auflagen. Niemandem ist geholfen, wenn energieintensive Produktion aus Europa abwandert und anschließend irgendwo anders unter schlechteren Bedingungen stattfindet.

Als wirtschafts- und digitalpolitischer Sprecher sage ich genauso deutlich, wir dürfen nicht nur darüber reden, was wir abschaffen wollen, meine Damen und Herren, wir müssen auch wieder mehr Lust auf Zukunft entwickeln. Bayern investiert allein über die Hightech Agenda 1,5 Milliarden Euro in Forschung, Entwicklung, insbesondere in Digitalisierung und Transformation, Künstliche Intelligenz, Robotik, Mikroelektronik,

Quantentechnologie, Luft- und Raumfahrt und Biotechnologie. Hier entscheidet sich, wo künftig Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze entstehen.

Wir wollen diese Technologien nicht nur erforschen, sondern wir wollen, dass sie in Bayern auch entwickelt, angewandt und wirtschaftlich erfolgreich werden. Wer diese Woche das Vergnügen hatte, der Eröffnung von Mistral in München beizuwohnen, hat festgestellt, dies war ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Deutschland und zu Europa. Dort herrscht eine unglaubliche Aufbruchstimmung. Das sollten wir auch als Politiker wieder besser vermitteln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Antrag der SPD sage ich nicht viel. Natürlich brauchen wir Investitionen in Infrastruktur, Energie und Digitalisierung, aber die SPD macht daraus wieder die alte Gleichung: Mehr staatliche Ausgaben, mehr Förderung und am Ende höhere Steuern sollen unsere Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig machen. Dies wird nicht funktionieren. Es greift zu kurz. Wir haben nicht das Problem, dass unser Staat zu wenig steuert, im Gegenteil: Unser Staat regelt viel zu viel. Weniger Staat, weniger staatliche Eingriffe und mehr Marktwirtschaft

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

werden die Rahmenbedingungen für uns und die Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen.

Zum Schluss, meine Damen und Herren der CSU: Sie haben sich ja noch nicht so richtig festlegen können, mit wem Sie ab 2028 – sollten Sie wieder in die Regierungsverantwortung kommen – regieren wollen. Schaue ich mir den heutigen Antrag hier an, in dem wir gemeinsam weniger Steuern, weniger Bürokratie, Technologieoffenheit, eine starke Industrie und einen starken Mittelstand fordern,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

muss ich mich fragen: Mit wem wollen Sie diese Politik umsetzen? Mit Rot, mit Grün, mit ganz rechts oder ganz links? Ich glaube, die Auswahl ist ziemlich überschaubar. Für eine vernünftige bayerische Wirtschafts- und Standortpolitik sind die FREIEN WÄHLER offenbar doch alternativlos.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Moment, Herr Kollege. – Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Herr Kollege Lipp, bitte.

Oskar Lipp (AfD): Herr Kollege Saller, erstens einmal abgesehen davon, dass wir jetzt mit ganz links hier schon verglichen werden, eine Frage. Die Staatsquote ist ja über 50 %. Zuerst einmal: Wie bewerten Sie es, dass die Staatsquote über 50 % ist?

Dann wissen wir ja, dass das Wirtschaftswachstum circa 1 % betragen soll in Deutschland. Wenn man die Studie vom Institut der deutschen Wirtschaft, also vom IW, anschaut, stellt man fest, diese Staatsausgaben, die also in die Rüstungsindustrie fließen, tragen dazu bei, dass das Wirtschaftswachstum um 0,7 bis 0,9 % steigt. Eine Frage: Ist es nachhaltig, dass der Staat hier wirklich, sage ich einmal, die Staatsquote noch mehr erhöht, dann als Einkäufer auftritt in der Richtung, um so auf dem Papier das Wirtschaftswachstum zu erhöhen, obwohl ja nach wie vor die Krise in der Automobilbranche da ist und auch nach wie vor in den Unternehmen schon Beschäftigte Richtung Rüstung wechseln? Ist das ein nachhaltiger, guter Trend oder nicht?

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Schauen Sie, Herr Kollege Lipp, die Staatsquote ist eine Kennziffer, keine uninteressante, aber nur eine Kennziffer. Wenn Sie meine Wirtschaftspolitik – wir kennen uns jetzt auch schon ein bisschen länger – verstanden haben, wissen Sie, dass ich einen marktwirtschaftlichen und liberalen Ansatz vertrete. Ja, für mich haben wir im Moment zu viel Staat. Das habe ich vorhin auch gesagt. Der Staat sollte sich aus vielem heraushalten. Wir haben sehr viele Arbeitsstunden in der Industrie verloren. In der gleichen Zeit haben wir sehr viele Arbeitsstunden im öffentlichen Sektor aufgebaut. Das ist richtig. Aus meiner Sicht muss man dies

angehen, aber das ist eine der Rahmenbedingungen. Andere Aspekte gehören dazu. Letztendlich muss man ein ganzes Bündel an Maßnahmen ergreifen. Die Steuerbelastung gehört aus meiner Sicht dazu. Es gibt einen interessanten Vergleich: 1958 lag der Spitzensteuersatz in Deutschland bei 53 %. Jetzt liegt er bei 42 %. Inflationsbereinigt müssten Sie heute über eine Million Euro im Jahr verdienen, um zu den früheren Bedingungen in den Spitzensteuersatz hineinzurutschen. Jetzt kommen Sie mit 66.000 bis 68.000 Euro in den Spitzensteuersatz. Das ist ein Problem. Wir wollen, dass die Leute wieder selbst Verantwortung übernehmen und vorsorgen können und dass nicht alles auf staatliche Leistungen geht.Wir werden einen Kompromiss finden müssen, wie wir damit in Zukunft umgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatssekretär Tobias Gotthardt zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst im Namen der Staatsregierung den Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER für einen Antrag mit über 30 konkreten Punkten danken, die es anzupacken gilt, um Wettbewerbsfähigkeit in Bayern, Deutschland und Europa herzustellen. Ich danke auch für die sehr gute Problembeschreibung in einem der Punkte. Sie nennen die hohen Energiepreise, die zu hohen Steuern und Abgaben, die lähmende Bürokratie, die langwierigen Genehmigungen, den Arbeitskräftemangel und die wachsende Unsicherheit bei Investitionen, die eine enorme Belastung für Unternehmen darstellen. Das sind genau die Probleme, die Unternehmerinnen und Unternehmer mir jeden Tag nennen, wenn ich im Land unterwegs bin, und mit denen sie zu kämpfen haben.

Die Aufgabe der Politik ist deswegen, in einer politischen Lieferkette von Brüssel über Berlin nach München dafür zu sorgen, dass diese Probleme gelöst werden.

Was ihr aufgeführt habt, ist genau die Lösungsbeschreibung, die wir brauchen. Kaum ein Unternehmen, das ich besuche, kommt zu mir und bettelt um Fördergelder. Die allermeisten Unternehmen sagen: Bitte lasst mich einfach arbeiten!

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist auch meine Botschaft an die Kollegen der SPD: Lassen wir doch bitte unseren Mittelstand, unsere Industrie, unsere Unternehmen einfach einmal arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Auch wenn dieser Antrag die allermeisten Punkte an die Bundesebene adressiert, steht Brüssel natürlich in einer ganz enormen Verantwortung, weil viele der Rahmenbedingungen aus Europa vorgegeben werden. Dazu möchte ich eine Studie der Stiftung Familienunternehmen zitieren, für die europaweit in sieben Ländern rund 2.100 Unternehmerinnen und Unternehmer befragt wurden.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist ein Lobbyverband!)

– Du kannst später sprechen. – Es ist schon interessant zu sehen, dass über 90 % der Unternehmerinnen und Unternehmer sagen: Wir brauchen den Europäischen Binnenmarkt, wir wollen ihn, und wir profitieren davon. Das ist ein klares Ja zu Europa und dieser Idee offener Grenzen. Gleichzeitig sagen aber 83 %, sie leiden und ächzen unter der regulatorischen Überbelastung innerhalb der Europäischen Union. Nur 10 % sagen, dass sie überhaupt daran glauben, dass die ganzen Omnibusse usw. usf. irgendeine Verbesserung bringen werden. Fast 0 % glauben, dass die Europäische Union in der Zukunft die Möglichkeit und die Kraft hat, die regulatorische Überbelastung abzubauen. – Es zeigt sich also, sehr viele glauben an die Idee von Europa, aber sehr viele verzweifeln genauso am System Europa. Das müssen wir verbessern.

Ich möchte gerne ein Beispiel nennen. Walter, du hast zu Beginn der Aussprache die EU-Verpackungsverordnung erwähnt. Diese ist ein Musterbeispiel dafür, wie es nicht

laufen darf. Diese Verordnung wurde im Jahr 2024 im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat behandelt, nachdem sie von der Europäischen Kommission vorgelegt worden war. Schon der Kommissionsvorschlag war nicht der allerbeste, aber war immer noch schlanker als das, was am Ende herauskam. Im Europäischen Parlament wurden in vier Ausschüssen 4.064 Änderungsanträge eingebracht, um schlussendlich in einem völlig verfahrenen Prozess ohne Regierungsmehrheit ein echtes Tohuwabohu zu produzieren. Und nicht genug: Am Ende haben im Europäischen Rat die Regierungen unter der damaligen Leitung der Belgier ein weiteres Tohuwabohu erzeugt, weil man diese Verpackungsverordnung unbedingt noch vor der nächsten Europawahl durchdrücken wollte. Das war ein Kuhhandel ohne Ende. Herausgekommen ist ein Gesetz, das nicht anwendbar ist. So darf Politik nicht laufen, nicht in Brüssel, nicht in Berlin, nicht in München.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein letzter Punkt ist mir noch wichtig. In der Rede zur Lage der Union von Ursula von der Leyen hat sie zwar sehr viele tolle Vorschläge gemacht, aber auffällig war auch: Als es um den Bereich der Wettbewerbsfähigkeit ging, kamen wenige konkrete Vorschläge. Ich sage an die Adresse von Ursula von der Leyen: Die Zeit des europäischen Blablas ist vorbei.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Entweder wir haben jetzt konkrete Ideen, oder wir können es vergessen. Wenn es zeitgleich zum neuen Hobby wird, nur noch darauf zu schimpfen, dass Nationalstaaten Goldplating betreiben – dahinter steckt natürlich ein Quäntchen Wahrheit –, muss ich sagen: Entschuldigung, das reicht nicht. Sehr viele bürokratische Bürden kommen weiterhin aus Brüssel. Simplification reicht nicht. Wir brauchen den neuen Grundsatz in Brüssel: Ist Mist, muss weg. – Was Mist ist, muss nicht irgendwie leicht verbessert, sondern einfach weggewischt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein letzter Gedanke, den ich über alle politischen Maßnahmen stellen möchte: Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wir können im Detail über Technologieoffenheit streiten und darüber, ob irgendwann ein Elektroauto hier entstanden wäre oder nicht, aber machen wir uns doch einmal ehrlich: Ideologische Debatten bringen uns an diesem Punkt keinen Meter weiter.

(Lachen des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD) – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist Realität!)

Mein Plädoyer zum Abschluss dieser Rede ist: Konzentrieren wir uns bitte auf einen neuen Pragmatismus in der Politik. Wir brauchen einen neuen, klaren Pragmatismus, kein Blabla und keine Ideologie. Wir müssen einfach Probleme lösen. Das ist, was die Leute und die Wirtschaft von uns haben möchten. Dann gewinnen wir Vertrauen. Dann geht es auch wieder aufwärts mit unserem Standort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian von Brunn von der SPD vor.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, lieber Tobias Gotthardt, mit diesem Gerede über Technologieoffenheit verwischen Sie, worum es geht. Es geht darum, sich von der fossilen Abhängigkeit zu lösen. Das machen die Leute übrigens. Ich habe heute Morgen im Deutschlandfunk gehört, dass von der in Anspruch genommenen E-Auto-Förderung zu 90 % E-Autos und nur zu 10 % hybride Fahrzeuge gekauft werden. Die Leute sehen, dass wir mit den fossilen Technologien am Ende sind, und kaufen mit dieser Förderung reine E-Autos. Das ist auch ganz vernünftig.

Manager und Unternehmensvertreter, zum Beispiel von MAN, sagen ganz klar: Sie wundern sich über dieses Gerede über Technologieoffenheit und wünschen sich endlich Technologieklarheit. Fördern Sie daher die Produktion von E-Mobilität in Bayern, bauen Sie die Ladeinfrastruktur auf und beenden Sie diese unsinnige Debatte über

Technologieoffenheit! Diese schadet der Wirtschaft in Bayern und der Automobilindustrie.

Staatssekretär Tobias Gotthardt (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Lieber Kollege von Brunn, zur Ladeinfrastruktur: In Bayern gibt es inzwischen über 40.000 Ladesäulen. Kein anderes Bundesland hat so viele Ladesäulen wie wir. In Bayern befinden sich über 30 % aller Ladesäulen in ganz Deutschland. Diesbezüglich kann uns keiner etwas vormachen.

(Florian von Brunn (SPD): Lkw!)

Wir haben die Ladesäuleninfrastruktur in Bayern in drei Tranchen gefördert.

Zum anderen Punkt: Versteht ihr denn nicht, dass wir Politiker nicht diejenigen sind, die irgendeinem Zweig in dieser Industrie sagen können, was dieser in den nächsten fünf Jahren zu entwickeln hat? Bin ich denn ein Ingenieur?

(Zuruf der Abgeordneten Laura Weber (GRÜNE))

Habe ich denn gelernt, die besten Autos zu bauen? – Nein, deswegen werden wir den Teufel tun, der Autoindustrie vorzuschreiben, welche Autos sie in den nächsten fünf Jahren zu bauen hat. Sie sollen sich mit den Kunden unterhalten und mit ihnen gemeinsam die besten Autos dieser Welt entwickeln. Dann werden wir auch kein Problem damit haben, für diese Autos einen Absatzmarkt zu finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Laura Weber (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/13625 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das

Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/13641 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.